

Ergebnisprotokoll
der 3. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 05.11.2015

Beginn: 16.20 Uhr

Ende: 18.25 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Crueger
Herr Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Scharf
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Frau Dr. Schaefer in Vertretung für
Herrn Bücking

Die Linke

Frau Bernhard

FDP-Fraktion

Herr Buchholz

II Verwaltung

Herr Dr. Sünemann
Frau Zimmermann
Frau Windeler
Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Kamp
Herr Viering
Frau Urban
Herr Polzin
Herr Eickhoff
Frau Nanninga
Frau Humrich
Herr Leferink
Frau Riesner-Kabus
Herr Dr. Kumpfer
Herr Dr. Lampe
Frau Pieper
Herr Donaubaer
Herr Kristen

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

ASV
BBN
Senatskanzlei

III Gäste

Herr Höft	Ortsamtsleiter Hemelingen
Herr Judel	Vorsitzender des Landesverbandes der Gartenfreunde Bremen e. V.
Herr Hoppe	Fides

IV Gastdeputierte

Frau Schiemann	SPD-Fraktion
Herr Imhoff	CDU-Fraktion
Herr Schwarz	CDU-Fraktion
Frau Dr. Schierenbeck	Bündnis 90/Die Grünen

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 3. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Vor Einstieg in die Tagesordnung berichtet **Herr Senator Dr. Lohse** von den Ergebnissen der Bauministerkonferenz. Ein Thema sei gewesen, ob aufgrund der Notwendigkeit, schnellstmöglich Wohnraum zu schaffen, die energetischen Standards beim Wohnungsneubau abgesenkt werden sollten. Bereits vor wenigen Wochen waren Vereinfachungen bei den energetischen Standards für die Unterkünfte für Flüchtlinge bzw. Asylbewerber beschlossen worden. Dabei ging es um Umbauten im Bestand, um Containerbauten und modulare Holzrahmenbauten, bei denen man von einer Nutzungsdauer von etwa fünf Jahren ausgehe. Von Bayern und Schleswig-Holstein war nun für die Bauministerkonferenz vorgeschlagen worden, auch für Gebäude mit einer Nutzungsdauer von mehreren Jahrzehnten die Standards zu lockern. Dies sei nach intensiver Debatte einstimmig von der Bauministerkonferenz abgelehnt worden.

Er berichtet von einem Konzept aus dem Bundesministerium - Neues Zusammenleben in Städten. Mit der Definition eines neuen Gebietstyps in der Baunutzungsverordnung, dem sogenannten Urbanen Gebiet, soll die Umwandlung von gewerblich genutzten Gebieten in Wohngebiete erleichtert werden. Weiter widme sich das BMUB der Frage der Nahmobilität in den Städten.

Die Beschlüsse der Bauministerkonferenz und das Papier „Neues Zusammenleben in Städten“ werden diesem Protokoll beigelegt.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
--------------	-------------------------------------	--

TOP 7 Bebauungsplan 2313 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland beiderseits und nördlich des Rotbuchenweges zwischen Oberneulander Landstraße (zum Teil einschließlich) und Oberstes Fleet (zum Teil beiderseits) und

TOP 18 Bremer Innenstadt Einzelhandelsentwicklung Innenstadt und Ansgariquartier werden vertagt.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: -Protokoll 19/2 der Sitzung am 10.09.2015 -Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung am 10.09.2015)	
--------------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der

Bremischen Bürgerschaft zu.

einstimmig

TOP 4	Sitzungstermine der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft für das Jahr 2016 -02-	Vorlage 19/50	L/S
--------------	--	------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt den oben aufgeführten Terminvorschlägen zu.

einstimmig

TOP 5	Bebauungsplan 2447 für zwei Gebiete in Bremen-Hemelingen (Blatt A und Blatt B) zwischen Eisenbahnstrecke Kirchweyhe-Sagehorn, Olbersstraße (Verlängerung) und Dahlwasdeich sowie zwischen Dahlwasdeich, Landesgrenze, Weser und Eisenbahnstrecke Bremen-Osnabrück -Planaufstellungsbeschluss -Öffentliche Auslegung -61-/-FB 01-	Vorlage 19/19	
--------------	--	------------------	--

Herr Viering führt aus, dass bei der Konzeption des Gewerbeparks Hansalinie die Ansiedlung von möglichst arbeitsplatzintensiven Betrieben vorgesehen war. In den ersten Stufen des Ausbaus seien daher dort keine Logistikbetriebe zugelassen worden, auch zum Schutz des GVZ. Das GVZ sei erfolgreich, daher könne man sich in der Logistikfrage öffnen. Bisher war, aufgrund der günstigen Lage für das Daimler- Werk, Logistik für die Automobilindustrie bereits möglich. Bei Nachnutzungen für diese Betriebe sei dann regelmäßig ein entsprechendes Änderungsverfahren erforderlich gewesen. Daher haben man in diesem Bebauungsplan die erforderliche Ausnahmeregelung für Logistikbetriebe als Nachfolgenutzung für Dienstleister und Zulieferer der Automobilindustrie bereits aufgenommen.

Herr Pohlmann möchte wissen, ob die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer gestrigen Sitzung die Vorlage zur Festlegung von Ansiedlungsregeln im Rahmen des Bebauungsplans 2447 beschlossen habe.

Dies wird von der Verwaltung bejaht.

Frau Bernhard erklärt, dass ihre Fraktion dieser Vorlage, ebenso wie den Ansiedlungsregeln in der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen auf gar keinen Fall zustimmen werde. Dem Standpunkt des Beirats könne sie in allen Punkten nur beipflichten. Hinzu kämen weitere Punkte von den Biotopbeeinträchtigungen bis hin zum Verlust von archäologischen Kulturgütern, die überhaupt nicht nachzuvollziehen seien. Es erschließe sich nicht, was arbeitsplatzintensiv und wertschöpfend sei, es gebe dazu weder Zahlen noch konkretere Planungen.

Herr Höft übermittelt die Position des Beirats. Neben einer Einwohnerversammlung im vergangenen Jahr habe sich der Beirat schon zweimal in diesem Jahr mit diesem Bebauungsplan beschäftigt. Knackpunkt sei dabei die beabsichtigte Öffnung der Logistikklausele. Vorher war Logistik völlig ausgeschlossen, es sei denn, sie war automobilbezogen. Nun wolle man mit der Begründung, das GVZ brauche den Schutz nicht mehr, den Gewerbepark Hansalinie für die Logistik insgesamt öffnen. Der Beirat halte es für eine Vergeudung wertvoller Gewerbeflächen, wenn Logistikbetriebe mit wenig Personal, mit wenig Wertschöpfung zugelassen würden. Der Beirat habe in der Vergangenheit die Öffnung bei einer Nachnutzung von Flächen, die mit Automobillogistik zu tun hatten, immer mitgetragen. Der Beirat habe diese Projekt immer zunächst planungsrechtlich mit den antragstellenden Unternehmen im Beirat erörtert und an-

schließlich im Bauantragsverfahren behandelt. Er vermutet, dass einzelne Unternehmer, die an einem Logistikstandort an der A1 in Hemelingen interessiert seien, nicht bereit seien, ihr Projekt, wie in den Einzelfällen üblich, im Beirat vorzustellen. Mit den vorgesehenen Festsetzungen im Bebauungsplan verliere der Beirat weitestgehend seine Mitwirkungsmöglichkeiten, weil er dann nur noch im Baugenehmigungsverfahren beteiligt werde. Wie weit der Beirat dann nachvollziehen könne, was die Kriterien der Wertschöpfung seien, sei fraglich. Der Beirat sei nicht gegen den BPlan, sondern er bitte nur darum, die Punkte der Vorlage auf S. 4 unten und S 5 oben vom Beschluss auszunehmen und sich einer erneuten Diskussion mit dem Beirat zu öffnen.

Herr Crueger weist darauf hin, dass sich am Bremer Kreuz durch die geplante Autobahnabfahrt Achim West und die Verlängerung der Theodor-Barth-Straße gerade für Unternehmen, denen die Anbindung an die Autobahn wichtig ist, neue Perspektiven im Bremer Osten eröffnen. Man wolle neue Arbeitsplätze in Bremen schaffen und bestehende sichern und investiere viel Geld in die Erschließung. Es wäre daher nicht sinnvoll, ein Logistikzentrum mit hohem Flächenverbrauch und wenig Arbeitsplätzen anzusiedeln. Die Einwände des Beirats verstehe er, dieser verliere seine Sonderstellung, die er im Moment habe. Der Beirat sei immer sehr kooperativ gewesen. Gleichwohl werde seine Fraktion aus den genannten Gründen der Vorlage zustimmen.

Herr Viering betont, dass das Gebiet nicht für Logistik insgesamt geöffnet werde. Es werde ein Ausnahmeverbehalt für die normale Logistik gemacht. Insbesondere seien das die Fälle, wie in der Vergangenheit, bei denen es um eine Nachnutzung für einen bisher unter die Festsetzungen des Bebauungsplanes fallenden Betrieb gehe.

Herr Höft verweist auf die Formulierung in der Vorlage, woraus hervorgehe, dass eine Ausnahme insbesondere dann in Betracht komme, wenn es sich um eine Nachnutzung der genannten automobilebezogenen oder wertschöpfungsintensiven Nutzungen handelt. Das bedeute, eine Ausnahme sei immer dann möglich, wenn jemand einen gut begründeten Antrag stelle.

Herr Pohlmann stellt fest, dass keine Fraktion die Anregung des Ortsamtsleiters bzw. des Beirats als Antrag aufgreife und stellt die Vorlage daher unverändert zur Abstimmung.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für den Geltungsbereich des öffentlich auszulegenden Planentwurfes ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2447 für zwei Gebiete in Bremen-Hemelingen (Blatt A und Blatt B) zwischen Eisenbahnstrecke Kirchweyhe - Sagehorn, Olbersstraße (Verlängerung) und Dahlwasdeich sowie zwischen Dahlwasdeich, Landesgrenze, Weser und Eisenbahnstrecke Bremen - Osnabrück (Bearbeitungsstand: 13.08.2015) einschließlich Begründung zu.*
3. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2447 für zwei Gebiete in Bremen-Hemelingen (Blatt A und Blatt B) zwischen Eisenbahnstrecke Kirchweyhe - Sagehorn, Olbersstraße (Verlängerung) und Dahlwasdeich sowie zwischen Dahlwasdeich, Landesgrenze, Weser und Eisenbahnstrecke Bremen - Osnabrück (Bearbeitungsstand: 13.08.2015) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen*

ist.

Zustimmung gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE

TOP 6	Bebauungsplan 2329 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz südlich Scholener Straße, westlich Heiligenbergstraße, nördlich Posthauser Straße und östliche Ehlersdamm - zweite öffentliche Auslegung - -FB 01-	Vorlage 19/52
-------	--	------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2329 für ein Gebiet in Bremen–Osterholz südlich Scholener Straße, westlich Heiligenbergstraße, nördlich Posthauser Straße und östlich Ehlersdamm (Bearbeitungsstand: 1.10.2015) nach § 13a BauGB aufgestellt werden soll.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2329 für ein Gebiet in Bremen–Osterholz südlich Scholener Straße, westlich Heiligenbergstraße, nördlich Posthauser Straße und östlich Ehlersdamm (Bearbeitungsstand: 1.10.2015) mit der entsprechenden Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2329 für ein Gebiet in Bremen Osterholz südlich Scholener Straße, westlich Heiligenbergstraße, nördlich Posthauser Straße und östlich Ehlersdamm (Bearbeitungsstand: 1.10.2015) einschließlich Begründung gemäß § 3 Absatz 2 BauGB (§ 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und § 4a Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist (zweite öffentliche Auslegung).

einstimmig

TOP 7	Bebauungsplan 2313 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland beiderseits und nördlich des Rotbuchenweges zwischen Oberneulander Landstraße (zum Teil einschließlich) und Oberstes Fleet (zum Teil beiderseits) -Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 19/55
-------	---	------------------

Vertagt

TOP 8	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 95 für die Errichtung eines Gemeindezentrums mit Kindertagesstätte in Bremen-Hemelingen, südlich der Christernstraße - Planaufstellung - Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 19/56
-------	--	------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für den Geltungsbereich des öffentlich auszulegenden Planentwurfes ein vorhabenbezogener Bebauungsplan 95 (Vorhaben- und Erschließungsplan) aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 95 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Gemeindezentrums mit Kindertagesstätte in Bremen, Hemelingen, südlich der Christernstraße (Bearbeitungsstand: 24.09.2015) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 95 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Gemeindezentrums mit Kindertagesstätte in Bremen, Hemelingen, südlich der Christernstraße (Bearbeitungsstand: 24.09.2015) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

einstimmig

TOP 9	<p>Vorhaben- und Erschließungsplan 27 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung eines Bürogebäudes an der Schwachhauser Heerstraße 266 B und 268 in Bremen-Horn-Lehe</p> <p>- Zustimmung zum Wechsel des Vorhabenträgers -FB 01-</p>	Vorlage 19/57
--------------	--	------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Wechsel des Vorhabenträgers zu.

einstimmig

TOP 10	<p>Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ Leben mit dem Fluss / Leben mit der Weser Hochwasserschutz und neue Stadtqualitäten im historischen Stadt- und Hafengebiet von Bremen</p> <p>-04-</p>	Vorlage 19/37
---------------	--	------------------

Frau Schiemann vermisst in der Projektförderung den Hohentorshafen. Dort seien in nächster Zeit ebenfalls Hochwasserschutzmaßnahmen notwendig. Zudem sei ein Radweg am Hohentorshafen zur Woltmershauser Seite hin geplant. Das Gebiet werde stark von Touristen genutzt, daher sei es im bremischen Interesse, dort nicht durch Spundwände den Blick auf die Weser für die Radfahrenden zu versperren.

Herr Dr. Kumpfer stimmt ihr inhaltlich zu. Es sei jedoch ein relativ großes Projekt, den gesamten Deich der Freien Hansestadt Bremen zu ertüchtigen, dies passiere daher in Abschnitten. Hier habe sich der glückliche Zufall ergeben, dass man für den Abschnitt der Stadtstrecke parallellaufend die Möglichkeit hatte, sich mit einer schon relativ weit gediehenen Vorplanung in dieses Förderprojekt einzubringen. Für den Hohentorshafen sei die Planung noch nicht so weit

vorangeschritten. Auf Nachfrage von **Frau Schiemann** ergänzt er, dass man hoffe, dass das Projekt fortgeführt werde und es dann möglich sein werde, die Ausführung in das Förderprogramm zu bekommen. Dies sei ein sehr ehrgeiziges Ziel. Ob weitere Abschnitte über dieses oder andere Förderprogramme realisiert werden könnten, sei offen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt die Förderung der Stadtstrecke und der Weichen Kante durch das Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Planung sowie der Finanzierung der Maßnahme „Stadtstrecke“ zu.

einstimmig

TOP 11	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 57 (mit Vorhabenplan 57) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Schwaneweder Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der Schwaneweder Straße Haus Nr. 25-37 (Neufassung des Planaufstellungsbeschlusses, öffentliche Auslegung) -BBN-	Vorlage 19/53
---------------	---	------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst unter Aufhebung ihres Planaufstellungsbeschlusses vom 30.05.2013 den Beschluss, dass der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 57 (mit Vorhabenplan 57) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Schwaneweder Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der Schwaneweder Straße Haus Nr. 25-37 auf das im Plan (Bearbeitungsstand: 07.10.2015) dargestellte Gebiet verkleinert werden soll (Neufassung des Planaufstellungsbeschlusses zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 57). Die Planaufstellung soll im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB erfolgen. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 57 (mit Vorhabenplan 57) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Schwaneweder Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der Schwaneweder Straße Haus Nr. 25-37 (Bearbeitungsstand: 07.10.2015) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 57 (mit Vorhabenplan 57) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Schwaneweder Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der Schwaneweder Straße Haus Nr. 25-37 (Bearbeitungsstand: 07.10.2015) mit Begründung öffentlich

auszulegen ist.

einstimmig

TOP 12	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 104 (mit Vorhabenplan 104) zum Vorhaben „Wohnbebauung Hohle Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Vegesack auf dem Grundstück Hohle Straße 7a und 7b (Flurstück 73/44 der Flur VR 170) (Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung, Bericht der Deputation) -BBN-	Vorlage 19/54
--------	--	------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 104 (mit Vorhabenplan 104) zum Vorhaben „Wohnbebauung Hohle Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Vegesack auf dem Grundstück Hohle Straße 7a und 7b (Flurstück 73/44 Flur VR 170) (Bearbeitungsstand: 06.10.2015) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 104 (mit Vorhabenplan 104) zum Vorhaben „Wohnbebauung Hohle Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Vegesack auf dem Grundstück Hohle Straße 7a und 7b (Flurstück 73/44 Flur VR 170) (Bearbeitungsstand: 06.10.2015).

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE

TOP 13	Feststellung des Jahresabschlusses 2014 des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung (SV Abfall) -23-	Vorlage 19/26
--------	---	------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Jahresabschluss 2014, den Lagebericht, die Erfolgsübersicht und den Bericht der Wirtschaftsprüfer zur Kenntnis. Der Jahresabschluss des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung der Stadtgemeinde Bremen (SVAbfall) gilt hiermit als festgestellt.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) erteilt dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Entlastung.

einstimmig

TOP 14	Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung ortsentwässerungsrechtlicher Vorschriften -3-	Vorlage 19/39
--------	---	------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,

Energie und Landwirtschaft (S) stimmt dem Ortsgesetzentwurf zu und bittet um Weiterleitung über den Senat an die Stadtbürgerschaft.

einstimmig

TOP 15	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von Zuständigkeiten in der Stadtgemeinde Bremerhaven Entwürfe der Verordnungen über die örtliche Zuständigkeit des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr als untere Bodenschutz- und Altlastenbehörde und als Wasserbehörde in der Stadtgemeinde Bremerhaven -34-	Vorlage 19/45	L/S
---------------	--	------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt dem vorgelegten Gesetzentwurf zu und nimmt die vorgelegten Verordnungsentwürfe zur Kenntnis.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, den Gesetzentwurf über den Senat an die Bremische Bürgerschaft zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

einstimmig

TOP 16	Teilumbenennungen der Straßen Lesumbroker Landstraße und An Smidts Park -5-	Vorlage 19/7	
---------------	---	-----------------	--

Herr Senator Dr. Lohse erinnert daran, dass verabredet sei, bevorzugt weibliche Personen für die Benennung von Straßen vorzuschlagen. Das Vorschlagsrecht für Straßenbenennungen sei allerdings allein das Recht der Beiräte.

Herr Buchholz erklärt, dass dies den Beiräten sehr wohl bekannt sei, aber nicht immer passe. Dieses Recht auf Straßenbenennung sei eines der wenigen Rechte, die ein Beirat habe. Ich verstehe nicht, wieso die Deputation diesen Beschluss formal transportieren müsse. Es müsste reichen, wenn der Beirat diesen Beschluss fasse.

Herr Pohlmann verweist dazu auf die gesetzlichen Grundlagen. Er unterstütze den Hinweis von Herrn Senator Lohse ausdrücklich. Es sei dabei auf keinen Fall das Ansinnen, wichtigen Rechten des Beirats entgegenzuwirken.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Vorschläge zur Kenntnis und beschließt deren Weiterleitung an den Senat.

einstimmig

TOP 17	Quartiers- und Familienzentrumsgebiet Hemelingen: Ausbau des Küchen- und Caf�ebetriebes: Einsatz des „Zuwandererfonds“ aus dem Programm „Soziale Stadt“ -72-	Vorlage 19/46	
---------------	--	------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur

Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.

einstimmig

TOP 18	Bremer Innenstadt Einzelhandelsentwicklung Innenstadt und Ansgariquartier -7-	Vorlage 19/62
--------	---	------------------

-vertagt-

TOP 19	Weiterentwicklung des Kommunalverbundes Niedersachsen/Bremen e.V. „Grundsatzbeschluss zur kooperativen Regionalentwicklung“ -SK-	Vorlage 19/63
--------	--	------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt dem Entwurf eines Grundsatzbeschlusses zur kooperativen Regionalentwicklung zu.

einstimmig

TOP 20	Autobahnzubringer Hemelingen (BAB A1) – Sanierung Mehrkosten für Planungs- und Bauleistungen - ASV -	Vorlage 19/59
--------	--	------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Mehrkostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung zu.

einstimmig

TOP 21	Berichte der Verwaltung	
TOP 21a)	Sachstandsbericht Kleingartenentwicklungsplan 2025 -3-	BdV schriftlich

Herr Pohlmann begrüßt zu diesem Thema ausdrücklich Herrn Judel als Vorsitzender des Landesverbandes der Gartenfreunde.

Frau Neumeyer erklärt, dass sie diesen Bericht angefordert habe, weil sie erfahren habe, dass über den Kleingartenentwicklungsplan noch nicht mit dem Landesverband der Gartenfreunde gesprochen wurde. Im Bericht sei ein Termin im November angekündigt. Sie erwarte dann in der nächsten Deputation im Dezember einen Bericht über den Sachstand, der dort verhandelt wurde. Es sei zwei Jahre her, dass die Bürgerschaft den Beschluss zum Kleingartenplan gefasst habe.

Frau Dr. Schaefer erinnert daran, dass die Deputation beschlossen habe, einen Prozess unter Teilnahme sowohl des Landesverbandes der Gartenfreunde als auch der betroffenen Kleingartenvereine, als auch der Beiräte einzuleiten, an dessen Ende der Kleingartenplan 2025 stehe. Sie fragt nach einem Zeitplan mit Meilensteinen. Neben dem Umgang mit Behelfsheimen, gehe es auch um die große Frage der Grünpflege in den Gebieten, einerseits hinsichtlich der Verkehrssicherheit, aber vor allen Dingen um die Finanzierung. Grundlage dafür sei eine aktuelle Datenerhebung als erster Schritt. Wichtig sei aber auch ein Zeitplan, damit man wisse, wann der Plan stehe.

Herr Pohlmann führt aus, dass es sich lohnen werde, über Inhalte verstärkt in der Deputation zu diskutieren. Dies habe auch einen Prozesscharakter. Sicher sei es richtig, dazu einen Zeitplan zu bekommen. Aber dieser Plan habe in Bezug auf die Einbeziehung und Fachlichkeit ähnliche Ansprüche, wie bei der Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans.

Herr Dr. Lampe berichtet, dass eine abgestimmte Gliederung erstellt wurde, mit der gearbeitet werden könne. Es fehlten jedoch die Daten. Im Haushalt seien entsprechende Mittel angemeldet, aber bis diese auch verfügbar seien und die Erhebung beauftragt werden könne, sei derzeit noch nicht abzuschätzen. Das Problem mangelnder Daten führe dazu, dass aktuell weder ein Zeitplan erstellt, noch die ersten Schritte genannt werden können.

Frau Staatsrätin Friderich kündigt an, dass sie in der nächsten Woche ein Gespräch mit Herrn Judel und Frau Drechsler führen werde. Dabei werde auch vereinbart, wie die nächsten Schritte aussehen könnten. Der Kleingartenentwicklungsplan habe verschiedene Bausteine. Ein wesentlicher Punkt sei die Gestaltung des Beteiligungsprozess und die Frage, bei welchen Meilensteinen welche Akteure mit einbezogen werden. Dies sei ein größeres Projekt, das nur mit der Einbindung und Befassung der Deputation, auch der Deputierten als Ansprechpartner vor Ort, funktionieren könne. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan entstehe ein ganz wichtiger Plan für die Kleingartenszene in Bremen. Mit diesem Plan verbinde sie auch eine Stabilisierung des Kleingartenwesens in Bremen, bestimmte Entwicklungsperspektiven, aber eben durchaus unterschiedliche Möglichkeiten, gerade in einer urbanen Situation auch mit dem Kleingartenwesen die Stadtgesellschaft voran zu bringen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zu Kenntnis.

TOP 21b)	Sachstand Sonderpostenmarkt im Gebäude Möbel Sander Oslebshausen -6-	BdV mündlich
----------	---	-----------------

-vertagt-

TOP 21c)	Grundstücksverfügbarkeit im Bereich der Trainingsrennbahn in Mahndorf -6-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Pohlmann sieht die Frage nach diesen Flächen vor dem Hintergrund der Anforderung an eine Wohnungsbaukonzeption unter Berücksichtigung der besonderen Situation von Flüchtlingen. Ergänzend dazu bittet er um Klärung weiterer, schriftlich vorliegender Fragen zu den möglichen Wohnungsbauflächen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21d)	Sachstandsbericht zum Bauprojekt „Ohlenhof Carree“ -62-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21e)	Straßenbegleitgrün -ASV-	BdV schriftlich
----------	------------------------------------	--------------------

Herr Imhoff fragt ob, wie unter 1a geantwortet, das ASV immer zuständig sei oder es doch noch Zuständigkeiten anderer Institutionen gebe. Er möchte wissen, ob das ASV einschreite, wenn Äste von einem Privatgrundstück auf Fuß- und Radwege ragten und es dadurch zu Behinderungen komme und wer die Fuß- und Radwege kontrolliere. Im Bericht stehe, dass im Bedarfsfall und bei finanziellen Möglichkeiten die Gehwege gepflegt bzw. wieder in Gänze nutzbar gemacht würden. Bedeute dies, dass Bremen als Haushaltsnotlageland praktisch nichts mehr machen könne? Ein Sanierungsstau auch bei den Rad- und Fußwegen verursache Folgekosten, dies sei zu berücksichtigen. Weiter bittet er um eine Aussage, ob die Pflegestufen in den letzten Jahren verändert worden seien und ob die Flächen auch entsprechend der Einstufung in die Pflegestufen bewirtschaftet würden.

Frau Pieper räumt ein, dass das ASV nur für die Straßen zuständig sei, für die es auch der Straßenbaulastträger sei. Es gebe auch Straßen in Bremen, für die beispielsweise das Wirtschaftsressort zuständig sei, wie in den Hafengebieten.

Wenn privates Grün in die Gehwege reiche, fordere das ASV im Rahmen der Kontrollen die Anlieger zur Beseitigung auf. Bei schweren Beeinträchtigungen oder gar Gefährdungen nehme das ASV auch Ersatzvornahmen vor und fordere das Geld dafür bei den Anliegern ein. Dies sei allerdings mit hohem Aufwand verbunden. Beim Bewuchs auf den Gehwegen müsse man sich tatsächlich danach richten, wieviel Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Dies erfolge daher nach Dringlichkeit.

Sie gehe davon aus, dass der UBB die Flächen wie vertraglich vereinbart auch entsprechend der festgelegten Pflegestufen pflege.

Herr Schwarz berichtet, dass in den ihm bekannten Gewerbegebieten gerade die Gehwege in einem desolaten Zustand und zugewachsen seien. In einem Fall habe er gedroht die Stadt Bremen zu verklagen, weil jahrelang nichts gemacht wurde, dort sei dann innerhalb einer Woche etwas passiert. Dies sei Eigentum der Stadt Bremen und Eigentum verpflichte. Wer übernehme die Kontrollen für die öffentlichen Randstreifen in den Wohngebieten? Auch dort werde nichts getan, so dass die Anwohner selbst die Pflege übernehmen würden. Er fragt, wer kontrolliere, ob Flächen, deren Pflege vergeben sei, auch tatsächlich gepflegt würden.

Herr Imhoff erklärt, dass das Thema Straßenbegleitgrün insgesamt sehr unbefriedigend sei.

Frau Pieper erläutert, dass die Gehwege von den Straßenwärtern des ASV kontrolliert werden. Die Pflege und Unterhaltung des Straßenbegleitgrün sei an den UBB vergeben. Wenn der UBB weiter vergebe, dann sei er dafür zuständig, zu kontrollieren, ob der Auftrag auch ausgeführt werde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21f)	Verkehrsspiegel - ASV -	BdV schriftlich
----------	-----------------------------------	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21g)	Störfall bei ArcelorMittal am 12./13. Juni 2015 Frage nach Entschädigungsleistungen -22-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Frau Dr. Schaefer berichtet von einer Veranstaltung beim Segelverein, der u.a. mit Fotomaterial belegt habe, dass diese Ausblasungen doch sehr regelmäßig stattfänden und immer wieder Emissionen zu verzeichnen seien. Auf den hellen Segelschiffen seien die Niederschläge zu sehen, diese würden aber auch in den Gärten und auf anderen Flächen niedergehen. Sie regt ein Monitoring dazu an.

Frau Dr. Schierenbeck fragt nach den Grenzwerten, die ein integriertes Hüttenwerk einzuhalten habe und ob man daraus auf die Staubfrachten schließen könne, die als Immissionen entstehen.

Herr Bürger erklärt, dass sich aus den Betriebsgenehmigungen ergebe, was emittiert werden dürfe und aus Emissionen könne man auch Immissionen feststellen. In den letzten drei Jahren seien vier Störungen aufgetreten, die zu Beschädigungen an den Booten geführt haben. Der Betrieb eines Stahlwerks könne nicht ganz emissionsfrei laufen. Es gebe trotz aller Anstrengungen des Stahlwerks diese zu vermeiden, auch Betriebsstörungen. Dabei entstünden Emissionen. Das Stahlwerk versuche natürlich diese zu vermeiden, denn gerade das Abkippen von Roheisen führe auch zu hohen wirtschaftlichen Schäden für das Stahlwerk. Das Stahlwerk tue sehr viel und investiere hohe Summen, um diese Staubemissionen weiter zurückzufahren. Nichtsdestotrotz kann es immer wieder zu Störungen kommen, sei es technischer Art oder durch menschliches Versagen. Die Stahlwerke suchen weiter nach technischen Lösungen und führen regelmäßig Mitarbeiterschulungen durch, um Fehlbedienungen zu vermeiden.

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass die Entstehungsorte für Stäube und Umweltbelastungen beim Stahlwerk sehr vielfältig seien. Er schlägt vor, die Deputation könne das Stahlwerk besichtigen und sich die Umweltschutzmaßnahmen vor Ort erläutern lassen.

Frau Dr. Schierenbeck stellt klar, dass es nicht nur um die Verunreinigung von Booten gehe, sondern insbesondere um die Frage, ob von den Staubniederschlägen eine mögliche Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung ausgehe. Daher möchte sie wissen, ob diese Emissionen durch die Genehmigung abgedeckt seien und ob es sicher sei, dass davon keine Gesundheitsgefährdung ausgehe.

Herr Imhoff regt an, zur Betriebsbesichtigung auch die Beiratssprecher der betroffenen Beiräte einzuladen.

Herr Pohlmann ergänzt diese Anregung um die Arbeitnehmervertretung der Stahlwerke.

Herr Bürger stellt fest, dass Betriebsstörungen nicht von der Genehmigung abgedeckt seien. Bei der Erteilung einer Genehmigung gehe man immer vom ordnungsgemäßen Betrieb aus. Eine Betriebsstörung sei etwas Unvorhergesehenes, durch technische oder menschliche Fehler verursacht. Wenn Störungen auftreten, werde die Gewerbeaufsicht darüber informiert, es finden Gespräche statt und Maßnahmen werden getroffen. Sowohl das Gewerbeaufsichtsamt als auch die Genehmigungsbehörde seien in engem Kontakt mit den Stahlwerken. Bei den austretenden Stäuben handele es sich um Grobstäube, im Wesentlichen aus Eisenoxid. Diese seien nicht gesundheitsschädlich und könnten bspw. von Gemüse im Garten einfach abgewaschen werden. Auf den Booten brenne es sich in den Kunststoff ein und müsse mühsam und mit Chemikalien wieder ausgewaschen werden, wofür die Stahlwerke Erstattungen zahlen. Er berichtet, dass er bereits im Vorfeld bei den Stahlwerken um eine Betriebsbesichtigung für die Deputierten angefragt habe. Die Umweltabteilung der Stahlwerke werde dies beim Vorstand vorschlagen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21h)	„Memoriam-Garten auf dem Waller Friedhof“ -UBB-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Auf die Nachfrage von **Herrn Strohmann** nach dem Zeithorizont erklärt **Herr Dr. Lampe**, dass die Verzögerung aus Personalwechseln im UBB und im Justizariat bei SUBV resultiere. Das Ressort und der UBB würden das Projekt gerne schnellstmöglich realisieren, aber auch rechtssicher.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zu Kenntnis.

TOP 21i)	Sachstand zur sog. Ziegeninsel beim Lankenauer Höft -3-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Auf Nachfrage von **Herrn Imhoff** erläutert **Frau Riesner-Kabus**, dass das Projekt der Ziegenbeweidung des BUND 2008 beendet wurde. Der Bebauungsplan 1972 habe als Ausgleichsmaßnahme die Entwicklung eines Sandbiotops auf der Weserinsel vorgesehen, dies war 2002 umgesetzt worden. Danach kam der BUND mit der Idee auszuprobieren, ob man durch eine Beweidung durch Ziegen den Sandtrockenrasen stabilisieren könne. Im Ergebnis sei das Projekt zwar positiv, könne aber in dieser Art und Weise nicht fortgeführt werden. Die Betreuung sei sehr aufwendig gewesen, so dass auf der ehrenamtlichen Basis keine Fortführung der Ziegenbeweidung möglich sei. Die Verpflichtung, den Sandtrockenrasen zu erhalten liege bei der wfb. Diese müsse nun andere Wege finden, das Sandrasenbiotop zu erhalten.

Frau Dr. Schierenbeck möchte wissen, wer dafür zuständig sei, die wfb auf ihre Verpflichtungen aus dem Bebauungsplan hinzuweisen, den Sandlebensraum zu erhalten.

Frau Riesner-Kabus erklärt, dass sie die wfb bereits darauf hingewiesen habe, dass sie dort tätig werden müsse. Zuständig sei die Stadtgemeinde Bremen als Träger der Bauleitplanung.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zu Kenntnis.

TOP 21j)	„Planänderungsverfahren für den Bauabschnitt 2/2 der BAB A 281“ -5-	BdV schriftlich	L/S
----------	--	--------------------	-----

Siehe Protokoll der 3. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 05.11.2015

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21k)	Sachstandsbericht zum Integrierten Entwicklungskonzept (IEK) Grohner Düne -SBD- / -7-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Frau Neumeyer ist mit dem Inhalt des Berichtes nicht zufrieden. Im Mai 2014 habe die Bürgerschaft über die Parteigrenzen hinweg einen Antrag mit vielen Maßnahmen, die erfolgen sollten, verabschiedet. Danach wurde die StaatsräteLenkungsgruppe eingesetzt, ein Gutachten sollte erstellt und bis August dieses Jahres vorgelegt werden. Dieses sei aber immer noch in der Endabstimmung. Dies sei im Hinblick auf die Grohner Düne und die Maßnahmen, die man

in den vergangenen Jahren in Angriff hätte nehmen können, vertane Zeit. Laut Bericht wolle man sich im November endlich auf ein Konzept einigen. Das sei ziemlich spät. Sie fordert den Senator auf, treibende Kraft in der Runde der Senatoren zu sein und darauf hinzuwirken, dass möglichst schnell Ergebnisse vorgelegt und die Deputation möglichst schnell in der nächsten Sitzung informiert werde, was wann passieren solle.

Herr Senator Dr. Lohse stellt fest, dass in der Zwischenzeit eine ganze Reihe von Ergebnissen erzielt worden seien und es demnächst auch wieder eine Staatsräterunde dazu geben werde. Dieses Ressort habe bisher als treibende Kraft die Dinge vorangebracht und werde dies auch weiterhin tun.

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass in dem Bericht durchaus Projekte aufgelistet und in einem integrierten, ressortübergreifenden Ansatz in der Umsetzung seien. Die Grohner Düne sei Wohnraum, der genutzt werde und dem Stadtteil in den nächsten Jahren in dem Umfang erhalten bleibe. Es müssten Verbesserungen, auch baulicher Art, erzielt werden. Sie möchte wissen, ob die Bewohnerinnen und Bewohner bei der Gestaltung des Außenraumes beteiligt werden.

Herr Senkal regt an, das Thema als TOP für die nächste oder übernächste Sitzung aufzunehmen, um zu hören, was in der Planung sei.

Frau Neumeyer betont, dass in der Frage, dass diese Wohnungen vor Ort gebraucht werden, Einigkeit bestehe. Gerade deshalb müsse etwas getan werden, um diese Wohnungen lange und nachhaltig in einem vernünftigen Zustand nutzen zu können. Vieles von den Vorschlägen aus dem Antrag hätte man längst auch ohne Staatsräterunde in Angriff nehmen können.

Frau Reuther erklärt, dass es um ein integriertes Stadtteilentwicklungskonzept (IEK) gehe, das darauf beruhe, ressortübergreifend Aktivitäten, auch im Umgang mit dem Gebäude, in Einklang zu bringen. Das werde in Teilen auch schon getan und werde in dem IEK zusammengebracht. Ein Kern des integrierten Konzeptes sei der Erdgeschossbereich und die Freiräume dahinter und davor, dieses Erdgeschoss zu beleben und die Aktivitäten und Maßnahmen dort zu bündeln. Ein Angebot an die Bewohnerinnen und Bewohner war in diesem Sommer, auch im Rahmen der Erarbeitung dieses Konzeptes, ein Konzert der Bremer Philharmoniker zusammen mit syrischen Musikern in der Grohner Düne.

Herr Pohlmann fasst als Ergebnis der Diskussion zusammen, dass das Thema zeitnah in einem größeren Rahmen erneut diskutiert werden und der Deputation zu gegebener Zeit über die Ergebnisse berichtet werden solle.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 21l)	Sachstandsbericht zur Sanierung und zum Rückbau des Tanklagers Farge - 04-	BdV mündlich
-----------------	--	------------------------

-vertagt-

TOP 21m)	Fernbusterminal - 5 -	BdV schriftlich
-----------------	---------------------------------	--------------------

Herr Strohmann fragt, wann eine Entscheidung über einen Standort zu erwarten sei.

Herr Polzin antwortet, dass voraussichtlich im Frühjahr mit einer Entscheidung zu rechnen sei. Anschließend gehe es um die Umsetzung.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwal-

tung zur Kenntnis.

TOP 21n)	Zeitplan für den Stadtentwicklungsplan (STEP) Wohnen - SBD/ 7-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass dies ein wichtiger Bereich sei, der Verwaltung und Politik die nächste Zeit beschäftigen werde. Das Thema habe einen klaren Stadtteilbezug, deshalb sei selbstverständlich eine Beiratsbeteiligung einzuplanen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21o)	Baurechtliche Auslegung "Feuerwehrflächen" - 6 -	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Siehe Protokoll der staatlichen Sitzung vom 5.11.2015

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 22	Verschiedenes	
TOP 22a	Umsetzung von baurechtlichen Änderungen bei der Genehmigung von „Containerdörfern“ für Flüchtlinge	BdV mündlich

Herr Viering führt aus, dass der Bund inzwischen die Unterbringung in Gewerbegebieten erleichtert habe. Dadurch könnten Container, die für wohnartige Nutzungen durch Flüchtlinge vorgesehen seien, in den Gewerbegebieten grundsätzlich zugelassen werden. Davon sei auch schon Gebrauch gemacht worden. Die Kommunikation zwischen Ressorts für Soziales und Bau sei mittlerweile gut eingespielt. In einer Arbeitsgruppe, an der mehrere Ressorts beteiligt seien, würden die Standorte vorgeklärt. Das Bauressort biete zu den Verfahren zur Unterbringung von Flüchtlingen einen regelmäßigen festen Termin an. Die Standorte würden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens in einer Art Gesamtkonferenz mit den anderen Beteiligten wie Feuerwehr, Gesundheitsressort u. a. besprochen. Flüchtlingsthemen würden von allen MitarbeiterInnen vorrangig bearbeitet. Dadurch konnten bereits einige Standorte festgelegt werden. Wenn ein vorgeschlagener Standort nicht in zwei Monaten umgesetzt sei, dann liege es nicht immer an baurechtlichen Fragen, sondern es gebe auch aus der Sicht z.B. des Sozialressorts, von IB oder des Innenressorts vielfältige Standortgesichtspunkte jenseits vom Baurecht oder der Logistik. Insgesamt sei schon viel erreicht worden.

TOP 22b	Sachstandsbericht zum Thema Bebauungskonzept der Bremer Uni (Ecke Universitätsallee/Enrique-Schmidt-Straße).	BdV mündlich
----------------	---	------------------------

Herr Buchholz berichtet, dass der Presse zu entnehmen war, dass dort ein Komplex von Geschäften bestehend aus zwei Gebäuden und einem Parkhaus entstehen solle. Laut Mitteilung der wfb sollte Baubeginn Ende 2014 sein. Bisher sei auf dem Gelände keine Bautätigkeit zu verzeichnen. Er möchte wissen, wann mit einem Baubeginn zu rechnen sei und wodurch es zu Verzögerungen gekommen sei. Weiter fragt er, ob die Option des Investors, weitere Flächen dort von der Stadt zu erwerben, weiter bestehe und wie der Planungsstand sei.

Herr Viering führt aus, dass die Fläche von der wfb vermarktet wurde. Es liege ein Antrag vor, aber noch keine Genehmigung. In der Ausschreibung sei eine bestimmte Größenordnung für Einzelhandel festgelegt worden, die auch in den Vertrag mit dem Investor aufgenommen wurde. Der Bauantrag enthalte aber eine andere Größenordnung. Es werde noch geprüft, ob diese mit dem Bebauungsplan vereinbar sei. Der Vertrag habe eine Option für weitere Flächen enthalten. Die Frist dafür laufe noch.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Verbesserungen Uniroute	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saxe	Geplant am 07.01.2016
--------------------------------	---	----------------------------------

Herr Pohlmann schließt die 3. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll

Anlage